

Deutsche Reaktionen auf Trumps Ukraine-Plan: «Wenn man nicht einmal gefragt wird, welche Rechnungen man zahlen soll, ist das schon eine Demütigung»

Für Kanzler Friedrich Merz ist der 28-Punkte-Plan aus den USA inakzeptabel. Er hat einen eigenen Vorschlag gemacht. In der Opposition stösst das auf Widerspruch. Anderen geht Merz' Reaktion nicht weit genug.

Elke Bodderas, Berlin

24.11.2025, 13.34 Uhr ⌚ 3 min

Hören



Friedrich Merz am Wochenende auf dem G20-Gipfel in Johannesburg

Michael Kappeler, Pool/Dts
Nachrichtenagentur / Imago

Der von US-Präsident Donald Trump vorgelegte 28-Punkte-Plan für ein Ende des Ukraine-Krieges sei «inakzeptabel», sagte Bundeskanzler Friedrich Merz am Sonntagabend in der ARD. Er könne jedoch als «Grundlage» für Verhandlungen dienen und müsse «stark verändert» werden, sagte Merz. Unter anderem ging Merz auf den US-Vorschlag ein, 100 Milliarden Dollar des beschlagnahmten russischen Staatsvermögens sollten unter US-amerikanischer Verwaltung in den Wiederaufbau und für Investitionen in der Ukraine verwendet werden.

Den USA stünden dabei 50 Prozent der möglichen Gewinne zu. Ein weiterer Punkt des US-Plans nimmt die EU in die Pflicht. Sie soll weitere 100 Milliarden Dollar zum Wiederaufbau in der Ukraine beisteuern. Das sei aus deutscher Sicht «nicht zustimmungsfähig», sagte Merz am Sonntag. Auch sei der US-Vorschlag zur Investition von beschlagnahmten russischen Vermögen nicht umsetzbar.

«Stark überarbeiteter Gegenvorschlag»

«Die Amerikaner könnten über das in der EU festgesetzte russische Zentralbankgeld nicht verfügen», konterte Merz – eingefrorene russische Vermögen in Europa dürften nicht einseitig von den USA verplant werden. Merz sagte, die Europäer hätten einen stark überarbeiteten Gegenvorschlag in die Diskussion eingebracht.

Wegen des enormen Zeitdrucks der Verhandlungen habe er ausserdem eine «abgespeckte» Verhandlungsgrundlage formuliert, «unterhalb des umfassenden Vorschlages dieser 28 Punkte», über die man sich kurzfristig einigen solle. Zu den Details äusserte Merz sich nicht. Das Papier liege den ukrainischen und US-amerikanischen Unterhändlern in Genf vor. Damit sei es möglich, «wenigstens einen ersten Schritt am Donnerstag zu tun».

Bis zum kommenden Donnerstag hatte US-Präsident Donald Trump von der Ukraine das Einverständnis zu seinem 28-Punkte-Plan verlangt und mit Entzug von Waffenlieferungen und Geheimdienstinformationen gedroht. Merz kritisierte, eine Einigung auf alle Punkte in so wenigen Tagen sei unrealistisch. Die 28 Punkte seien zu komplex, um sie bis Donnerstag vollständig zu verhandeln.

Opposition blickt kritisch auf Merz' Verhandlungsgeschick

Im ARD-Interview vom Sonntag stellte Merz zudem klar, dass ein Ukraine-Frieden nicht über die Köpfe der betroffenen Länder hinweg ausgehandelt werden dürfe. Sowohl die Zustimmung der Ukraine als auch der Europäer sei zwingend erforderlich. Für Merz sind belastbare Sicherheitsgarantien für die Ukraine ein zentraler Bestandteil für ein Friedensabkommen.

In Deutschland blickt die Opposition kritisch auf Merz' Verhandlungsgeschick. Fabio de Masi, designierter Vorsitzende vom Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW), bemängelt gegenüber der NZZ: «Kanzler Merz sollte aufhören den Friedensplan zu torpedieren. Die Bundesregierung sollte endlich wieder unsere Interessen wahrnehmen. Sie könnte etwa eingebettet in einen Waffenstillstand Nord Stream

wieder in Betrieb nehmen, um die hohen Energiepreise zu drücken und sich unabhängiger von Trump zu machen», empfiehlt De Masi.

Für die Grünen-Politikerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Agnieszka Brugger geht der Kanzler dagegen nicht weit genug: «Merz muss endlich einmal Führungsstärke beweisen und sich gegen die Bremser in der eigenen Partei durchsetzen, die Bundesregierung muss europäische Einigkeit schmieden». Ihr Parteikollege, der Osteuropabeauftragte Robin Wagener, sieht in dem «Putin-Trump-Pakt» eine «klare russischen Handschrift». Es sei schmerzlich und besorgniserregend, dass sich der US-Präsident diesen russischen Plan zu eigen gemacht habe, sagte Wagener der NZZ.

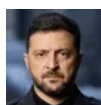
«Mehr als eine Zumutung»

«Deutschland und die EU müssen den Druck auf Russland weiter erhöhen. Nur so sitzen wir am Verhandlungstisch», urteilt Wagener. Ausserdem müsse die russische Schattenflotte trockengelegt und das Programm für ukrainische Abstandswaffen zusätzlich durch Taurus gestärkt werden.

FDP-Vize Wolfgang Kubicki unterstützt den Kanzler: «Wenn man nicht einmal mehr vorher gefragt wird, welche Rechnungen man zahlen soll, ist das schon eine empfindliche Demütigung», sagte Kubicki der NZZ. Eine entschiedene Antwort der Europäer sei daher richtig. «Der ursprüngliche Plan war zudem für die Ukraine mehr als eine Zumutung. Nun gibt es Anpassungen an diesem Plan, und wir werden sehen, was dabei herauskommt. Man muss hier skeptisch bleiben, ob dieser Plan eine belastbare Grundlage werden kann.»



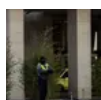
Passend zum Artikel



Pro

Sollte die Ukraine kapitulieren? Trump behauptet das, aber die Realität ist komplizierter

Andreas Rüesch Heute ⌚ 7 min



Ukraine-Gespräche: wieso Genf und nicht Doha oder Istanbul?

Christina Neuhaus Gestern ⌚ 3 min

